Nr. 296 XXVI. Jahrgang

Dienstag, 29. Oktober 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 25 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Nachlaß 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresanzeigen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 % Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Anlage- und Beilagenannahme von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unseren Tarifsätzen an.

Bezugspreise: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.20; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 1.55, „ „ 4.65
In Österreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. Kr. 2.52, vierteljährl. Kr. 6.06; „ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.69, „ „ 7.47
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. M 1.10. Einz.-Numm. 10 Pf.

Uebergangsversuche des Feindes am Oise-Kanal vereitelt

Oberst House in der Versailler Kriegskonferenz — Ententefeindliche Unruhen in der spanischen Zone Marokkos
Die Beratungen über die Bildung der neuen Regierungen in Wien

Die deutsche Antwort

× Berlin, 27. Oktober

Die deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen.

Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt.

Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat.

gez.: Solf,
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

*

Die deutsche Antwort auf die letzte Note Wilsons ist, im ganzen genommen, nur eine kurze Empfangsbestätigung. Der übrige Inhalt bringt keine neuen Erklärungen. Doch wird geschickt noch einmal der Ausgangspunkt des Notenwechsels der deutschen Regierung mit dem Präsidenten Wilson betont, nämlich das Ersuchen um Vorschläge für einen Waffenstillstand, der einen „Frieden der Gerechtigkeit" einleitet. Es war nötig, das in aller Klarheit und Nachdrücklichkeit noch einmal in den Vordergrund zu stellen, wenn auch die amtliche Stellungnahme der Ententeregierungen zu den Waffenstillstandsvorschlägen Wilsons noch nicht bekannt ist, so weiß man doch aus den Lloyd George und Clemenceau nahestehenden Blättern, daß sowohl in England wie in Frankreich der Wille besteht, die Waffenstillstandsbedingungen so hart wie möglich zu gestalten. Darauf zielte auch die Propaganda hin, die die Entscheidung über die Bedingungen dem Ententegeneralissimus Foch übertragen will. „Foch hat das letzte Wort", sagt das Organ Clemenceaus; „wir können ruhig sein, weil wir wissen, daß seine Antwort unser ganzes Recht sichert." Und Reuter versichert, daß nun, da Präsident Wilson darein gewilligt habe, das deutsche Waffenstillstandsgesuch den andern Kriegführenden zu übermitteln, an die Stelle des Sondervorgehens ein gemeinsames Vorgehen treten und die See- und Landbefehlshaber der Alliierten ihre Gesamtbedingungen aufstellen würden. Der „Petit Parisien", der als Sprachrohr der leitenden Kreise Frankreichs gelten kann, teilt mit, daß die Alliierten sich schon seit einigen Wochen über die Waffenstillstandsbedingungen beraten hätten. Offenbar sei dabei die zeitweilige Besetzung von Festungen, Gebieten und Häfen und die Abtretung gewissen Kriegsmaterials für Armee und Marine ins Auge gefaßt. Welche Haltung die Berliner Regierung auch ergreifen möge, die Entente werde keinesfalls überrascht sein. Sie sei bereit, den Krieg fortzusetzen oder zu verhandeln, je nachdem die Mittelmächte sich fügen würden oder nicht.

Dieser französische Chauvinistenstandpunkt ist ja nicht mehr unbekannt, und wir haben unsern Lesern ja schon mehrfach von derartigen Forderungen extremer Ententekreise Kenntnis gegeben. Heute mag nur noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Regierung **keinen Kapitulationsfrieden angeboten**, sondern die Einleitung von Verhandlungen gewünscht hat, die zu einem Rechtsfrieden führen sollen, wie das ja auch in der deutschen Note noch einmal mit aller Deutlichkeit gesagt wird. Wie sich der Gedanke des Rechtsfriedens mit dem Gewaltfrieden der Entente-Chauvinisten vertragen soll, darüber wird sich Präsident Wilson mit seinen Verbündeten auseinanderzusetzen haben. Der Augenblick zu einer ehrlichen Verständigung ist jetzt gekommen, und wer ihn ungenutzt verstreichen läßt, trägt die Verantwortung für all das Leid, das dann noch der gequälten Menschheit auferlegt werden würde. Wir müssen uns darauf gefaßt machen, und kein Einsichtiger in Deutschland wird sich darüber einer Täuschung hingeben, daß die Bedingungen der Entente eine bittere Sache sein werden für ein Volk, das sich vier Jahre lang mit unvergleichlichem Heldenmut geschlagen und auf die gewaltigsten Siege der Weltgeschichte zurückblicken kann. Eine erniedrigende Demütigung für dieses Volk verträgt sich weder mit dem Gedanken des Rechtsfriedens, noch könnte sie den von allen Völkern heiß verlangten Frieden der Welt näher bringen.

Präsident Wilson hatte in seiner letzten Note weiter auf den „Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeiten" hingewiesen und gesagt: „Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärbehörden des Reichs unter den Volkswillen zu erzwingen; daß der Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik unerschüttert ist; daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind." Weiter hieß es, wenn die Vereinigten Staaten jetzt (oder später) mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollten, müßten sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Auch diese Alternative, die Wilson stellt, besteht nicht mehr. Die deutsche Antwort kann mit vollem Recht die tiefgreifenden Wandlungen anführen, die sich im deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und noch vollziehen und daß die Friedensverhandlungen von einer Volksregierung geführt werden, der auch die militärischen Gewalten verfassungsrechtlich unterstellt sind. Die Grundlage, auf der Präsident Wilson verhandeln will, besteht also im aller Form. Es wird sich jetzt zeigen, ob der amerikanische Präsident dies tatsächlich in seiner nicht ganz eindeutigen Erklärung gemeint hat oder ob seine Absicht auf etwas andres hinzielte. Daran, daß die verfassungsmäßigen „Sicherheiten" gegeben sind, kann Präsident Wilson nach den bedeutsamen Mehrheitsbeschlüssen des Reichstags nicht mehr zweifeln. In den nächsten Tagen wird die Entscheidung fallen über Krieg und Frieden.

*

Bevorstehende Antwort der Gegner

Nach englischen Blättern muß damit gerechnet werden, daß die Antwort der Alliierten bereits feststeht und nach Eingang der deutschen Note nach Berlin abgehen wird:

a. Basel, 28. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Daily News" melden aus New-York: **Seit Sonnabend abend liegen die Erklärungen der Alliierten über die Anträge, die Wilson übermittelte, in Washington vor. Der Präsident wartet auf die deutsche Antwort, um die bisherigen Beschlüsse der Alliierten dem schweizerischen Gesandten zu übermitteln.** — Die „Morning Post" meldet aus New-York: **Durch die Ereignisse der letzten drei Tage hofft man in Washington dem sicheren Frieden nahegekommen zu sein. Im Senatsausschuß gab Lansing Sonnabend die Erklärung ab, der Präsident sei entschlossen, von seinen vierzehn Grundsätzen bei den Friedensverhandlungen unter keinen Umständen abzuweichen.**

+ Rotterdam, 28. Oktober. (Priv.-Tel.) **Wie Reuter meldet, haben sich Lloyd George und Balfour, begleitet von Marine- und Militärsoffizieren, nach Frankreich begeben. Reuter fügt hinzu, er habe erfahren, daß die Entente die Waffenstillstandsbedingungen erst nach Beantwortung der letzten Wilson-Note durch Deutschland bekanntgeben würde.**

a. Basel, 28. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Telegraph" meldet: **Oberst House, der als Vertreter Wilsons an den weiteren Beschlüssen der Versailler Kriegskonferenz in Paris teilnimmt, wurde vor seiner Ausreise aus Amerika weitgehende Vollmacht übertragen für Waffenstillstand und Frieden.**

+ Genf, 28. Oktober. (Priv.-Tel.) **Einer Pariser Meldung zufolge erklärte Oberst House auf die Frage über seine Mission und die Dauer seines Aufenthalts in Frankreich, das sei von der Anzahl der diplomatischen Konferenzen abhängig, an denen er teilnehmen müsse. Amerika werde nach wie vor seine Kriegsvorbereitungen fortsetzen. Die amerikanische Presse sei während des deutsch-amerikanischen Notenwechsels ein treuer Dolmetscher der allgemeinen Stimmung gewesen. Er werde sich demnächst zu General Foch begeben.**

x. Genf, 28. Oktober. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) **Die hiesigen Bankvertretungen französischer Großbanken erhielten Aufträge ihrer französischen Stammhäuser, Baluta-Abschlüsse über den 31. Oktober hinaus nicht mehr zu bewirken. Man erblickt hierin ein wichtiges Friedenszeichen der Pariser Börse, die von den bevorstehenden Waffenstillstands- und den kommenden Friedensverhandlungen ein erhebliches Steigen auch der französischen Valuta in der Schweiz erwartet.**

Ferner wird berichtet, daß **Clemenceau** und **Pichon** im **Ministerrat** am Sonnabend **Erklärungen** über die Lage vom militärischen und diplomatischen Gesichtspunkte aus abgaben. Clemenceau führte aus, die Lage werde unaufgesetzt Gegenstand der Beratungen der alliierten Regierungen sein, bei denen **gemeinsame Entscheidungen** getroffen würden. Der Ministerrat wird morgen wiederum im Elysée zusammentreten. Nach Reuter wird in amtlichen **diplomatischen Kreisen Washingtons** betont, die Note des Präsidenten Wilson deute an, daß die Vereinigten Staaten aufhörten, besonders mit der deutschen Regierung zu verhandeln. Die **künftigen Mitteilungen** würden von den alliierten Regierungen und den Vereinigten Staaten, die in Uebereinstimmung handelten, **gemeinschaftlich** abgegeben werden.

*

Die Wiener Antwort an Wilson

* Wien, 27. Oktober

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die **österreichische Antwortnote** an die amerikanische Regierung völlig revidiert. Die Note ist in **entgegenkommendem Sinne** gehalten. Sie wird noch einmal den maßgebenden Stellen der Monarchie zur Einsicht vorgelegt und sodann heute, spätestens morgen, **nach Amerika abgesandt** werden.

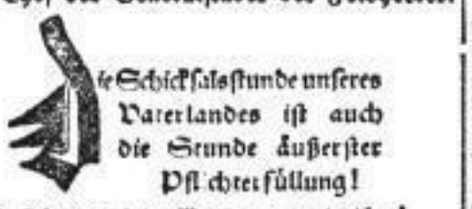
*

Pressestimmen zur deutschen Note

* Berlin, 28. Oktober

Zur neuen deutschen Note heißt es in der „Voss. Ztg.": „Einen Fortschritt in der Gesamtlage kann die Note nicht bedeuten, da angesichts der vollzogenen Umgestaltung der innerdeutschen Verhältnisse der **nächste Schritt** in der Entwicklung bei den **Gegnern** liegt." Der „Lok.-Anz." sagt: „Die Wahl des Wortes „Vorschläge" drückt zum Ausdruck, daß Deutschland nicht als ein sich unterwerfender, sondern als gleichberechtigter Faktor zum Verhandlungstisch schreiten will. Die Kämpfe der letzten Wochen und besonders gerade der beiden letzten Tage haben immer wieder den Nachweis geführt, daß die militärische Lage nicht den mindesten Zwang zu einer Waffenstreckung in sich birgt." Im „Berl. Tagebl." liest man: In **Frankreich** wenden sich die **Sozialisten gegen Clemenceau**, der auf keine denkbare Siegestrophäe verzichten will. In **England** versuchen **Henderson** und seine Genossen, zügelnd zu wirken, während zwischen den würgenden Waffenstillstandsbedingungen der **Konservativen** und den knebelnden der **Liberalen** kaum ein wesentlicher Unterschied besteht.

Der „Vorwärts" schreibt: „Auf alle Fälle ist es Zeit, daß wir die **Bedingungen** für einen Waffenstillstand kennenlernen. Nach den Andeutungen Wilsons sowie der englischen und französischen Presse müssen wir uns auf Dinge gefaßt machen, die uns allen **tief ans Herz greifen**. Es wird einen Augenblick der leidenschaftlichen Aufwallung geben und der Schrei nach dem letzten Verzweiflungskampf wird manche verwegene Saite unsres Empfindens in Schwingungen versetzen. Da werden wir uns sagen müssen, daß es jetzt darauf ankommt, zwecklose **Blutvergießen zu vermeiden**. Die Aufgabe des Militärs wird damit erledigt sein und die **Diplomatie** wird in ihre Rechte treten. Alles, was noch zu retten und zu gewinnen ist, kann nur noch in den Verhandlungen der Friedenskonferenz gewonnen und gerettet werden. Das deutsche Volk würde auch ohne Waffen am Friedenstisch ein **bedeutungsvoller Faktor** sein."



Starker Artilleriekampf auf den Aisne-Höhen

× Großes Hauptquartier, 28. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Keine größeren Kampfhandlungen. Südwestlich von Deinze, östlich von Avelgem und bei Artres (südlich der Schelde) wiesen wir feindliche Angriffe ab. Bei Säuberung einzelner Engländernester bei Famars und Anglefontaine machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz

Uebergangsversuche des Feindes über den Oise-Kanal bei Tergnier wurden vereitelt. Zwischen Oise und Serre nahmen wir in vorletzter Nacht unsre in dem vorspringenden Bogen zwischen Origny und La Fère stehenden Truppen in die Linie westlich von Guise, östlich von Crecy an der Serre zurück. Der Feind griff gestern unsre neuen Linien südlich von Guise an; unter Einsatz zahlreicher Panzerwagen wurde er abgewiesen. Am Souche-Abschnitt scheiterten am frühen Morgen erneute Angriffe der Franzosen zwischen Froidmont und Pierrepont. Westlich der Aisne fanden gestern nur örtliche Kämpfe statt. Feindliche Angriffe gegen unsre auf dem Südufer der Aisne südöstlich von Nethel und bei Rilly stehenden Truppen wurden abgewiesen. Auf den Aisne-Höhen östlich von Vonziers nahm der Artilleriekampf am Abend in Verbindung mit erfolglosem Angriff des Gegners östlich von Chesnes vorübergehend große Stärke an.

Heeresgruppe Gallwitz

Auf den Höhen östlich der Maas wiesen wir Angriffe der Amerikaner am Walde von Consenvoye und am Ormont-Walde ab.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Die eingeleiteten Bewegungen wurden planmäßig weitergeführt. Südlich von Rudnik und Topola erfolgreiche Nachhutkämpfe. Beiderseits der Morawa besteht nur geringe Gefechtsfühlung mit dem Feinde.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres.

Der Völkerbundgedanke in England

Von unserm ✡-Mitarbeiter

Rotterdam, 28. Oktober

Der Gedanke des **Völkerbundes** beherrscht gegenwärtig all: politischen Versammlungen in England. Am kräftigsten trat der Wille zu einer Völkergemeinschaft in der Erscheinung auf der Nationalkonferenz der britischen Frauenvereinigung zur Erlangung bürgerlicher und politischer Rechte. Obwohl die Mitglieder dieser Vereinigung der englischen Arbeitspartei angehören, so gesellten sich in jüngster Zeit Frauen aus den verschiedensten intellektuellen Ständen bei, so daß die Konferenz, die am 17. Oktober zu London abgehalten wurde, einen imposanten Charakter trug. Von der Frauenrechtlerin Underwood ging die Forderung aus, daß unmittelbar nach Friedensschluß eine **internationale Frauenkonferenz** einberufen werden müsse, um die Normen für eine gemeinschaftliche Aktion festzulegen. Es kam auch zu scharfen Ausfällen gegen den drohenden **anglo-amerikanischen Großkapitalismus**, der eine „wahre Aussöhnung der Völker hintanzuhalten bestrebt sei". Die Sozialistin Walker, eine der schärfsten Gegnerinnen des „Scheinsozialismus", stellte den Antrag, daß die nächsten Wahlen in England zum Anlasse einer „großen sozialistischen Revolution" genommen werden müßten.

Im Verlaufe der Debatte über die Tagesordnung ergab sich der starke **Friedenswille** aller weiblichen Arbeiter Englands. Die Resolution spricht von einem „gerechten Frieden, der das endgültige Sichbesinnen aller europäischen Völker auf ihre gemeinschaftliche kulturelle Mission bringen möge". Ausdrücklich wird darin der Wunsch geäußert, daß die **deutschen Friedensschritte** einer raschen Erledigung im Sinne der Grundsätze des Präsidenten Wilson zugeführt werden sollen. „Die Welt soll von der Bürde der Rüstungen und imperialistischen Angriffen befreit werden", heißt es am Schlusse. Bei dieser Gelegenheit kam es auch zu einer Auseinandersetzung über die „Ehrlichkeit **Wilsons**". Die irische Arbeiterführerin Ling sagte: „Wir haben genug von diesem Präsidenten, der die Unterjochung der irischen Freiheitsmänner billigte und unsre Abordnungen verhaften ließ. Wir verlangen einfach die Verwirklichung der Friedensziele der englischen Arbeitspartei und einen sofortigen Waffenstillstand." Vollkommene Einigkeit unter den Teilnehmerinnen herrschte betreffs der Notwendigkeit eines künftigen Völkerbundes . . .

Zwei Tage nach der Frauenkonferenz fand in **Westminster** eine vertrauliche Besprechung führender und verantwortlicher Persönlichkeiten der **christlichen Kirchen** statt. Den Gegenstand des Meinungsaustausches bildete die **Völkerliga**. Von dem Edinburgher Reverend Maldwin **Hughes** wurde folgendes gesagt: „Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe von Staatsmännern, deren Bedenken wahrscheinlich nicht ausschlaggebend sein dürften, ist der Gedanke eines Völkerbundes zum **Leitmotiv** des neuen Friedens, der in Sicht ist, geworden. Die christlichen Kirchen begrüßen diesen edlen Gedanken und werden ihr Bestes tun, um ihn der Nation tief und fest einzupflanzen, damit er sich zu immer stärkerer Kraft entwickle." Dem Redner stimmten die Häupter der verschiedenen englischen und irischen Glaubensgemeinschaften bei. In der Resolution wird die **Versammlung** aller **Kleriker** in Form einer Nationalkonferenz beschlossen. Es soll ein Programm entworfen werden, um die Idee des Völkerbundes den christlichen Gemeinschaften Englands und der Vereinigten Staaten begreiflich zu machen. Ein Zusammenwirken mit dem Klerus andrer Länder ist für die Nachkriegszeit vorgesehen. Eine erzieherische Propaganda erscheint notwendig, um für die Zeit, wo Schiedsgerichte in Tätigkeit treten sollten, eine „korrekte Auffassung und allgemeines Vertrauen" zu festigen . . .

Bemerkenswert ist es, daß selbst bei der Vorführung des neuen großen englischen Kriegsfilms, der alle Staatsmänner und militärischen Anführer des Vielverbandes auf die Leinwand bringt, von dem Autor des Films, dem Schriftsteller Hall **Caine**, eine Rede auf den künftigen Völkerbund gehalten wurde. Hall Caine feierte die „Feuerbergen und Flammenzungen" der Clemenceau, Lloyd George, Sonnino, wies aber auf die „Sonne, die sich aus dem Ozean erhebt", hin und begrüßte in „den humanen Ideen Wilsons die Rettung der Welt". Der Kriegsfilm endet auch in einer Apotheose des Völkerbundes und trägt in seinem letzten Abschnitt den Titel: „In hoc signo vinces." (In diesem Zeichen wirst du siegen.) Der Komponist Edward **Elgar** schrieb für diesen Schlußteil eine Begleitmusik, in der Volkslieder aller großen Völker der Erde sind auch einiger exotischer Stämme) verwendet werden. Der ersten Vorführung dieses Films, den man als den „**Friedensfilm**" bezeichnet, wohnten zahlreiche Mitglieder der Regierung bei, und es ist jedenfalls von Bedeutung, daß der Leiter der Innenpropaganda, Lord Beaverbrook, auf die Verbreitung des „schönen Werkes von Hall Caine" großen Wert legt. Zum Unterschied von manchem andern „Greuelfilm" kommt diesmal ein deutscher Soldat auf die Leinwand, der „die guten und schlechten Seiten des Deutschen" verkörperbildlichen soll.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181029/1